

# Praktische Beispiele aus der bisherigen Siedlungstätigkeit in Österreich.

## 1. Durchführung von Anliegersiedlungen durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Der erste Versuch auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Siedlungswesens wurde in Österreich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Burgenlande gemacht. Gegen Ende des Jahres 1928 wurde der **Karlshof** in **Neumarkt** im **Tauchentale** im Bezirke **Oberwart** für die erste Aktion zur Durchführung von Anliegersiedlungen käuflich erworben. Dieser Hof war der Rest eines ehemaligen großen Gutes der gräflichen Familie **Batthyány** und umfaßte noch rund 179 Joch und Meierhofbaulichkeiten. Außerdem war der Besitz mit dem Patronate für die dortige Pfarrkirche belastet. Die Ablösung des Patronates erfolgte gegen Überlassung von rund 10 Joch Wiese und 13 Joch Wald sowie gegen Zahlung eines Betrages von 5000 S an die Pfarre. Von der restlichen Fläche wurde ein Teil zur Vergrößerung bestehender landwirtschaftlicher Kleinbetriebe (Anliegersiedlung), der andere mit den Baulichkeiten zur Errichtung zweier neuer Bauernhöfe verwendet.

In Durchführung der Anliegersiedlungsaktion erhielten 13 Bewerber der Gemeinde **Altschlaining** ca. 22 Joch, 24 Bewerber aus **Drumling** ca. 35 Joch und 9 Bewerber aus **Neumarkt** rund  $33\frac{3}{4}$  Joch landwirtschaftliche Grundstücke. Die beiden Neusiedlungen wurden mit  $24\frac{1}{2}$  bzw.  $24\frac{1}{4}$  Joch landwirtschaftlichen Grundstücken und  $8\frac{1}{4}$  bzw.  $8\frac{3}{4}$  Joch Wald ausgestattet.

Bei der finanziellen Durchführung dieser Aktion wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß alle für die Aktion gemachten Ausgaben in den Verkaufspreisen ihre Deckung zu finden haben. Nach diesem Grundsatz wurden nach vorgenommener Bonitierung, welche vier Gütestufen von Grundstücken ergab, folgende Preise für je ein Joch festgesetzt:

I. Bonität . . . . .	810 S,
II. Bonität . . . . .	760 S,
III. Bonität . . . . .	660 S und
IV. Bonität . . . . .	560 S.

a) Anliegersiedlung  
Neumarkt,  
Bez. Oberwart.

Bei den Neusiedlungen wurde für die vorhandenen Baulichkeiten, und zwar für die eine Siedlung, welcher zwei große, gemauerte Scheunen zugeteilt wurden, ein Preis von 3000 S, für die andere Siedlung, welche das Arbeiterwohnhaus und das Stallgebäude erhielt, ein solcher von 9000 S berechnet. Zwecks Durchführung der notwendigen baulichen Adaptierungen, welche die Siedler im Einvernehmen mit dem Bundesministerium selbst durchzuführen hatten, wurde für erstere Siedlung ein Betrag von 11.600 S, für die letztere ein solcher von 6100 S ausgeworfen. Ferner wurde zur Beschaffung des notwendigen lebenden und toten Inventars ein Betrag von je 6500 S zur Verfügung gestellt. Der Abgabepreis der Siedlungen wurde schließlich mit einem Betrage von 36.500 bzw. 37.627 S festgesetzt, nachdem jedem der beiden Siedler ein Betrag von 4000 S als Bundesbeitrag abgeschrieben worden war.

Die Zahlungsbedingungen waren folgende:

1. Für die Anliegergründe 10 bis 20% Anzahlung. Der Restkaufschilling wurde auf dem Siedlungsgrundstück sichergestellt und ist in 15 Jahresannuitäten unter Anrechnung einer 5%igen Verzinsung zurückzuzahlen.

2. Für die Neusiedlungen: 10% Anzahlung, Rückzahlung des Kaufschillingrestes in 30 Jahresannuitäten, beginnend mit 4,5% und steigend auf 5,3%, unter Berechnung einer von 2 bis 5% steigenden Verzinsung. Die Neusiedler hatten außerdem einen Teil des Inventars selbst zu beschaffen und die über das notwendigste Ausmaß hinausgehenden, gewünschten, baulichen Herstellungen aus eigenen Mitteln zu tragen.

Dieser ersten Siedlungsaktion des Bundes folgten im Jahre 1929 zwei weitere Versuche:

In den Gemeinden Unterloisdorf und Mannersdorf an der Rabnitz im Burgenland wurde aus dem fürstl. Esterhazyschen Besitze ein Gut im Ausmaße von 274 Joch angekauft, das unter 201 Kleinbauern der genannten Gemeinden sowie der Gemeinde Kloster Marienberg aufgeteilt wurde. Ein auf dem Gute bestandener Gasthausbetrieb wurde dem bisherigen Pächter überlassen, die großen Meierhofgebäude übernahm die Gemeinde Unterloisdorf, um sie zu einer Schule und zu Wohnungen adaptieren zu lassen, das bestehende sogenannte Granarium übernahm eine aus den Kleinbauern gebildete Genossenschaft, die dort eine Obstverwertungsstelle gründen wollte.

b) Anliegersiedlungen Unterloisdorf und Mannersdorf.

Auch bei dieser und den weiteren Aktionen wurde bezüglich Vermessung, Bonitierung, Aufstellung des Siedlungsprogrammes usw. derselbe Vorgang eingehalten wie bei der erstbeschriebenen.

Die Zahlungsbedingungen bei dieser und der nächstgeführten Aktion waren folgende:

Abgesehen von der Gemeinde, die bar bezahlen mußte, hatte jeder Siedler 25% des Abgabepreises der Anliegerparzellen anzuzahlen, der Restkaufschilling wurde auf den Parzellen sichergestellt und muß in zehn gleichen Annuitäten zurückgezahlt werden, wobei eine Verzinsung von 5% und für die ersten fünf Jahre eine Manipulationsgebühr von  $\frac{1}{2}\%$ , für die letzten fünf eine solche von 1% berechnet wird.

Mit der Durchführung dieser und der unter 3. angeführten Aktion war das Österreichische Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten in Wien betraut, dem das engste Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Pflicht gemacht wurde. Als Entschädigung für die Durchführung der Arbeiten erhielt das Institut eine 2%ige Kommissionsgebühr vom Ankaufspreis des Besitzes und die obgenannte Manipulationsgebühr.

In Kroatisch-Geresdorf wurde ebenfalls 1929 aus Esterhazy'schem Besitze ein Gut im Ausmaße von 285 Joch erworben. Dieses wurde an 155 Kleinbauern in Form von Anliegersiedlungen verteilt, außerdem aber wurden zwei Neusiedlungen unter Benützung der bestehenden Baulichkeiten geschaffen. Dies war im vorliegenden Falle ohne Adaptierungen möglich. Eine neue Siedlung wurde mit einem landwirtschaftlichen Grundstück von 20 Joch ausgestattet, die andere, welche eine vielköpfige Landarbeiterfamilie erhielt, mit 8 Joch. Der Verkaufspreis dieser Siedlungen betrug 30.000 bzw. 14.000 S. Für das Inventar mußten die Siedler selbst sorgen. Auf den Preis mußten sie 25% anzahlen, der Restkaufschilling wurde auf der Realität sichergestellt und muß in 20 Annuitäten zurückgezahlt werden. Verzinsung und Manipulationsgebühr war die gleiche wie bei der Aktion Unterloisdorf-Mannersdorf.

Der Erwerb des Gutes Güttenbach bei Güssing erfolgte 1931 durch Eintritt der mit der Finanzierung dieser Aktion betrauten Girozentrale der österreichischen Genossenschaften in das Meistbot

c) Anliegersiedlung Kroatisch-Geresdorf.

d) Anliegersiedlung Güttenbach.

bei einer Zwangsversteigerung. Das Gut umfaßte rund 520 Joch. Die Aktion wurde durch den Landesverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Burgenland im engsten Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft durchgeführt. Die Vermessung erfolgte hier durch einen Zivilgeometer und der Abschluß der Verträge mit den Siedlern durch einen Rechtsanwalt, welche hiefür zusammen einen Pauschalbetrag von 30 S je Joch erhielten. Aus der Fläche des Gutes erhielten 139 Kleinbauern Grundstücke. Außerdem wurden aus den bestehenden Gutsbaulichkeiten acht Neusiedlungen geschaffen, die je nach dem Bewerber als Landarbeitersiedlungen oder Kleinbauernsiedlungen mit 4 bis 12 Joch Grund ausgestattet wurden. Die Verkaufspreise der Siedlungen bewegten sich zwischen 4000 bis 15.000 S. Ihre Bezahlung erfolgte je nach Vermögen der Siedler. Zwecks Bezahlung des nicht mehr aus Ersparnissen aufzubringenden Restes wurde unter den Siedlern eine Kreditgenossenschaft gegründet, der seitens des erwähnten Verbandes das erforderliche Geld zur Gewährung von Personaldarlehen zu normalen Bedingungen zur Verfügung gestellt wurde. Der Bund förderte diese Aktion durch die Gewährung eines einmaligen, nicht rückzahlbaren Beitrages zur Deckung der aufgelaufenen Aktionsspesen.

In Niederösterreich wurde 1929 in der Gemeinde Lichtenwörth bei Wr.-Neustadt ein Besitz im Ausmaße von 146 Joch angekauft und im Wege einer reinen Anliegersiedlungsaktion an 73 Kleinbauern verteilt. Gebäude waren hier nicht vorhanden. Die Durchführung geschah hier wie in den Fällen b) und c) im Burgenlande und zu den gleichen Bedingungen.

e) Anliegersiedlung  
Lichtenwörth.

In allen Fällen konnte die Aktion derart rechtzeitig durchgeführt werden, daß die Interessenten die Grundstücke ohne irgend ein Versäumnis hinsichtlich des Anbaues in ihre Bewirtschaftung übernehmen konnten.

Abgesehen von diesen Aktionen, die unter unmittelbarer Mitarbeit des genannten Ministeriums erfolgten, wurden von diesem auch zwei weitere Anliegersiedlungsaktionen im Burgenlande, und zwar Weiden am See und Nickelsdorf, die von lokalen Interessentenvereinigungen unter finanzieller Mitwirkung der burgenländischen Landeshypothekenanstalt durchgeführt wurden, und in Niederösterreich solche Aktionen der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer z. B. Ankauf des Dinstlgutes in Loiben bei

f) Ansiedlungsaktionen  
Weiden a. See  
u. Nickelsdorf,  
Loiben bei  
Krems, Rappoltenbach u. Ragnsdorf.

Krems, Rappoltenbach und Ragelsdorf durch Bundesbeiträge gefördert.

## 2. Errichtung von Stadtrand- und Primitivsiedlungen.

Im nachfolgenden wird die Organisation einer im Aufbau ziemlich weit fortgeschrittenen Stadtrandsiedlung und eine seit vier Jahren bestehende Primitivsiedlung bei Wien geschildert; den Schluß dieses Abschnittes bildet eine Übersicht der seitens des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds geförderten Randsiedlungsvorhaben. Eine Aufzählung sämtlicher in Österreich derzeit bestehender Siedlungsvorhaben soll einer späteren Zeit vorbehalten bleiben; gegenwärtig sind an verschiedenen Stellen des österreichischen Bundesgebietes Bestrebungen im Gange, um Siedlungen, besonders Stadtrandsiedlungen, zu errichten.

### a) Stadtrandsiedlung Wien-Leopoldau.

Im Herbst 1932 begann die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt (Gesiba) mit der Errichtung einer aus 80 Stellen bestehenden Stadtrandsiedlung in der Leopoldau bei Wien. Der Grund wurde von der Gemeinde Wien auf 15 Jahre durch die Gesiba als Siedlungsträger gepachtet und wird den Siedlern in Unterpacht gegeben. Das Bodenausmaß je Siedlungsstelle beträgt 2500 m<sup>2</sup>, die in fünf Schläge (siehe Abb. 11 auf Seite 68 b) eingeteilt sind. Der I. Schlag besteht aus 200 m<sup>2</sup> für Hof und Wirtschaftsgebäude sowie 300 m<sup>2</sup> Hausgemüsegarten für etwa 18 Beete Sommer- und Wintergemüse, hievon fünf Beete Frühkartoffel, wodurch eine vollständige Selbstversorgung an Gemüse im Werte von etwa 40 Groschen je Quadratmeter erreicht werden soll. (Als Weizenboden brachte der Grund bisher etwa 8 bis 9 Groschen Ertrag pro Quadratmeter.) Nach dem Wirtschaftsplan für das erste Jahr sollen auf dem II. Schlag 300 m<sup>2</sup> Speisekartoffel und 200 m<sup>2</sup> Futterrüben, nachher Pflückbohnen gebaut werden. Der III. Schlag ist für 500 m<sup>2</sup> Speisemais, zum Teil auch Futtermais — dazwischen Trockenbohnen —, bestimmt. Auf Schlag IV mit 500 m<sup>2</sup> sollen Futtergerste, nachher Pflückbohnen gepflanzt werden, auf Schlag V mit 400 m<sup>2</sup> Zwiebel und 100 m<sup>2</sup> Kernobst; Pflückbohnen und Zwiebel sind für den Markt bestimmt. Die Schläge II—V erhalten keine seitliche Einfriedung, so daß eine gemeinsame Beackerung etc. möglich ist.

Da durch das verspätete Inkrafttreten des Arbeitsdienstgesetzes der Arbeitsbeginn bis Mitte Oktober 1932 verzögert wurde, konnten die einzelnen Siedlerstellen den Siedlern im Frühjahr 1933 noch nicht zugeteilt werden. Den ersten Anbau besorgte infolgedessen die Gesiba unter Heranziehung der Siedler selbst, da der Ertrag des Wirtschaftsjahres 1933 nicht verloren gehen darf. Für jede Siedlerstelle ist die Anpflanzung von 17 Obstbäumen verschiedener Sorte vorgesehen; für die Bewirtschaftung des fünften Teiles der Siedlerstelle ist die Erzeugung von Tafelobst nach der Methode der Engpflanzung in Betracht gezogen.

Man rechnet mit einem durchschnittlichen Jahresertrag von 30 g je Quadratmeter im ersten Jahre. Die Finanzierung des Siedlungsvorhabens ist so gedacht, daß außer einem Betrage von 100.000 S, welchen die Gemeinde Wien beigestellt hatte und der vornehmlich für die Aufschließung verbraucht wurde, ein Teil des erforderlichen Geldbetrages durch die Siedler selbst aus Eigenmitteln beibracht werden soll, während der übrige Betrag vorläufig von der Gesiba getragen und von den Siedlern zu amortisieren sein wird. Durchschnittlich sollen je Siedlerstelle 1000 S aus Eigenmitteln und 1600 S als Fremdgeld in Verwendung kommen. Zur Beistellung der Eigenmittel haben sich die ausgewählten Siedler bereit erklärt und einen erheblichen Teil bereits eingezahlt. Abgesehen von Ersparnissen, Abfertigungen und Zuschüssen seitens der Verwandten kommt die Verwertung von Schrebergärten und sonstiger Habe in Frage.

In den ersten zwei Jahren werden die Siedler eine ermäßigte Pacht und die Verwaltungskosten von zusammen S 57,50 pro Jahr zu zahlen haben, später tritt eine 2%ige Verzinsung und eine auf 13 Jahre verteilte Tilgung des Fremdgeldes von durchschnittlich 1600 S hinzu; der Pachtschilling beträgt also 2 g je Quadratmeter und die jährliche Belastung des Siedlers wird insgesamt etwa 240 S betragen. Der Arbeitsertrag aus der Siedlung wird mit jährlich 1000 bis 1200 S bewertet. Es ist die Errichtung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft vorgesehen, die den gemeinsamen Einkauf und Verkauf, die Verwaltung der gemeinsamen Grundstücke und Anlagen (Bewässerung, Lagerräume) besorgen soll.

Die Arbeitsleistung der Siedler war nach Beseitigung verschiedener Schwierigkeiten durchaus befriedigend, sie erfolgte unter

Aufsicht eines von der Gesiba beigestellten Werkmeisters und des Poliers einer Baufirma. Die auf verschiedene Tage und Ämter verteilte Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt nunmehr auf der Baustelle selbst. Überdies wurde eine regelmäßige Mittagsspeisung beigestellt. Um den Siedlern den langen Weg zur Baustelle zu ersparen — einige der Siedler wohnen derzeit im X. bzw. XII. und XIII. Bezirk —, wurde ein Unterkunftsraum mit Pritschen und Decken geschaffen. Nur in ganz wenigen Fällen war ein Wechsel der Siedler wegen ungenügender Leistung notwendig. Dreimal wöchentlich finden von 6 bis 8 Uhr abends nach Arbeits-schluß in der Gartenbauschule des Fortbildungsschulrates in Kagran Fachkurse statt, in welchen Pflanzenkunde, Gemüsebau und Obstbau vorgetragen wird. Diese Kurse werden von den Siedlern eifrig besucht.

Die Stadtrandsiedlung Leopoldau wird im Laufe des Frühjahres 1933 fertiggestellt sein, der Finanzierungsplan wird aller Voraussicht nach eingehalten werden können und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieser erste Versuch, in größerem Umfange durch die Eigenarbeit der Siedler bei möglichst geringer Inanspruchnahme von Fremdmitteln Siedlerstellen zu schaffen, die sowohl Dauerhaftigkeit als auch Wirtschaftlichkeit gewährleisten, in der ersten Hälfte des Jahres 1933 mit gutem Erfolg abgeschlossen werden kann.

#### b) Primitivsiedlung Wien-Lobau.

Neben den im vorigen Abschnitte (S. 170 ff.) erwähnten landwirtschaftlichen Siedlungsaktionen (Anliegersiedlungen) hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch Siedlungsversuche Arbeitsloser unterstützt, um auf diesem Gebiete Erfahrungen zu sammeln. Erwähnenswert ist von diesen Versuchen insbesondere der einer Primitivsiedlung in der „Lobau“ bei Wien (siehe Abb. 45—51). Dort überließ die Gemeinde Wien 61 Arbeitslosenfamilien gegen einen niedrigen Pachtzins eine Fläche von rund 104 ha, größtenteils Auwald. Diese Fläche ist derzeit bereits parzelliert und jeder Siedler hat über seine Parzelle einen besonderen Pachtvertrag. Die Ausmaße dieser Flächen bewegen sich zwischen 12.000 und 14.000 m<sup>2</sup>. Die Siedlung entwickelte sich aus den primitivsten Anfängen. Erdunterstände, wie man sie aus der Kriegszeit her kannte, primitivste Wohn-

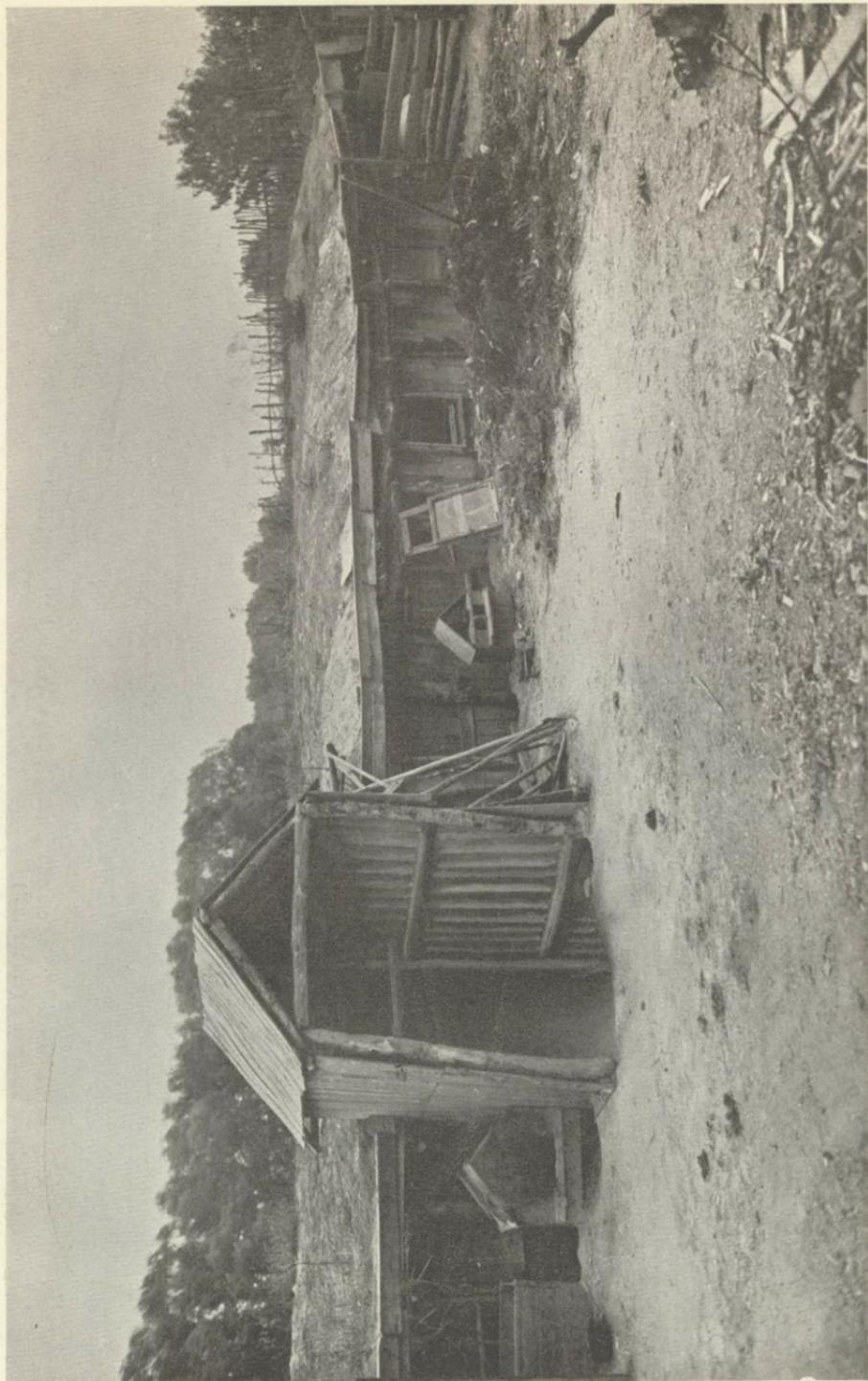


Abb. 45. Primitivstiedlung Lobau-Wien: Erdwohnung aus dem Jahre 1927

Photo Scherb-Wien

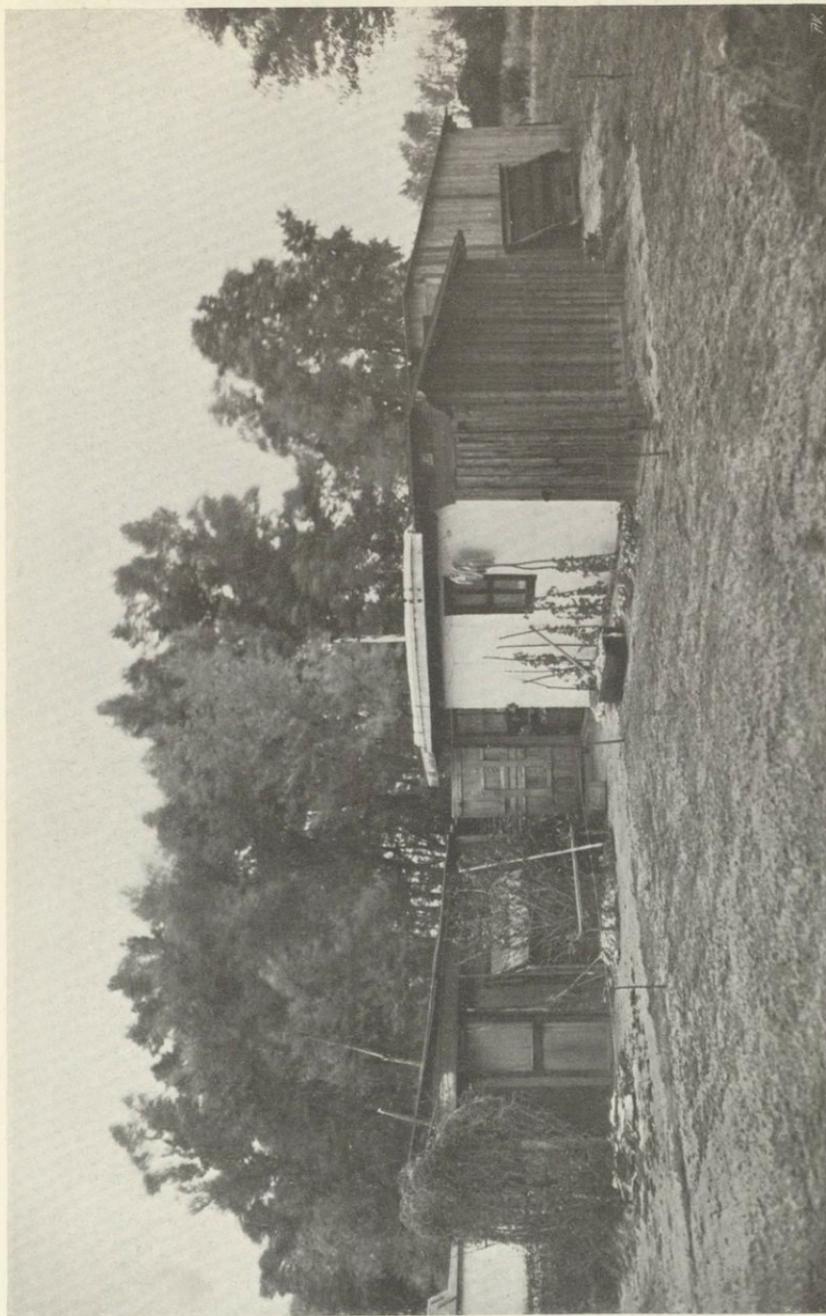


Abb. 46. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Siedlerstelle „Kratky“, links Wohnhütte (erbaut 1927),  
rechts Küche und Kammer (erbaut 1931)

Photo Scherb-Wien



Abb. 47. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Inneres der Erdwohnung „Kräuter“ aus dem Jahre 1927 (siehe Abb. 45); im Vordergrund (jetzt nicht bewohnter) Wohnraum, im Hintergrund (jetzt noch benützter) Kleintierstall

*Photo Scherb-Wien*

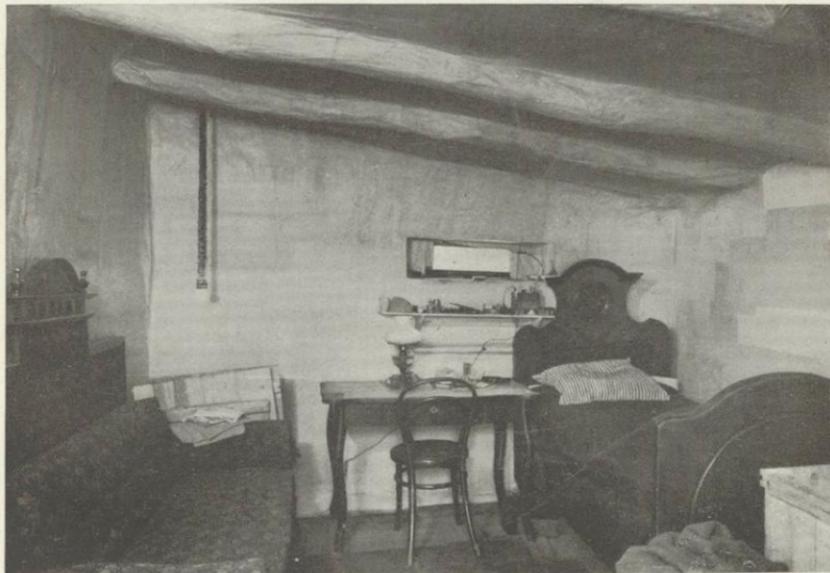


Abb. 48. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Einrichtung der Wohnhütte auf der Siedlerstelle „Kratky“ (siehe Abb. 46)

*Photo Scherb-Wien*

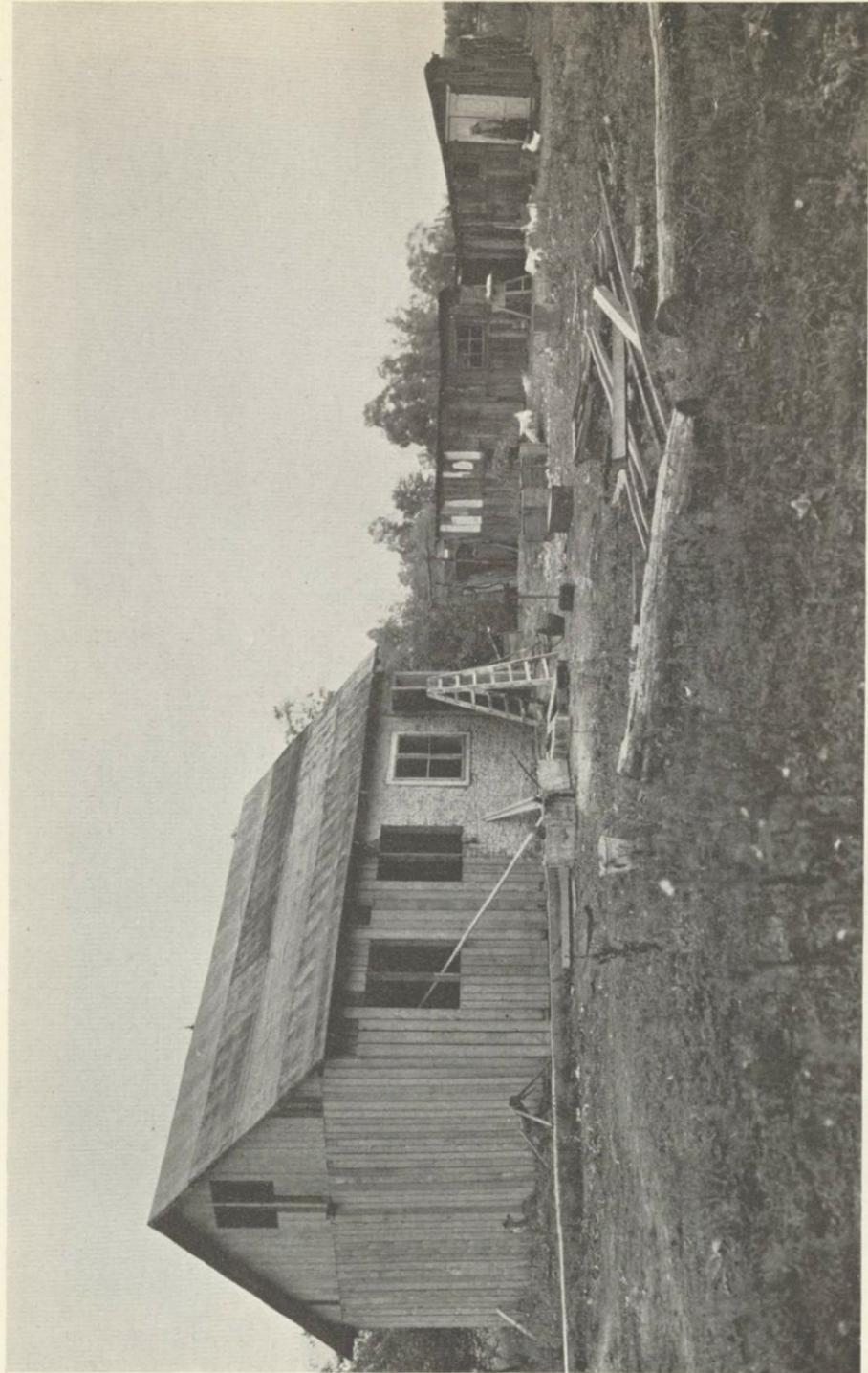


Abb. 49. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Siedlerstelle "Stelzer"; rechts im Hintergrunde die nur aus Kistendeckeln hergestellte alte Primitivwohnütte (heute Stall und Gerätekammer), links im Vordergrund Wohnhausneubau 1932

*Photo Scherb-Wien*

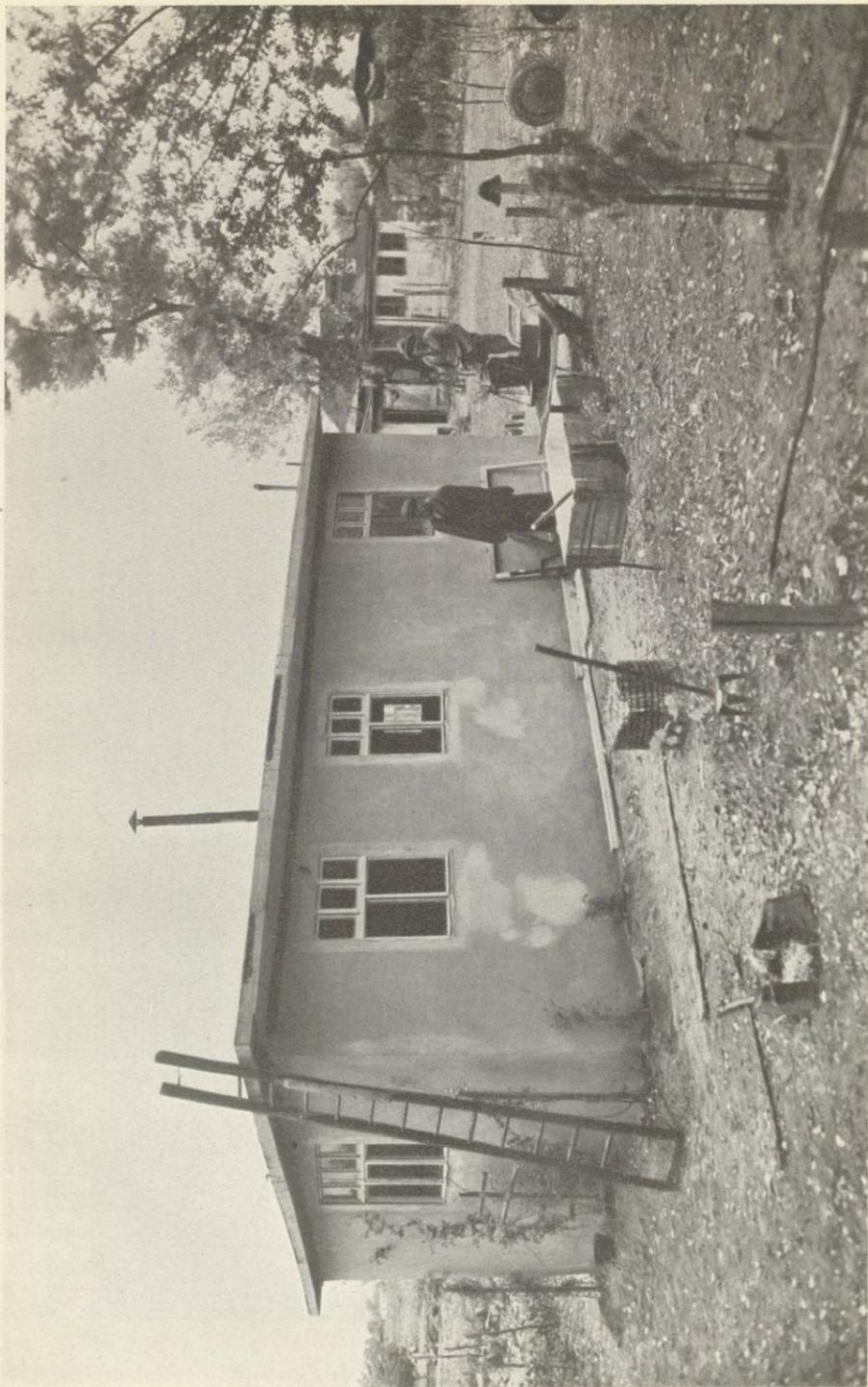


Abb. 50. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Selbsthilfenneubau 1932 auf der Siedlerstelle "Satra"  
(Hauswände aus Schilfrohrgeflecht mit Verputz)

Photo Scherb-Wien

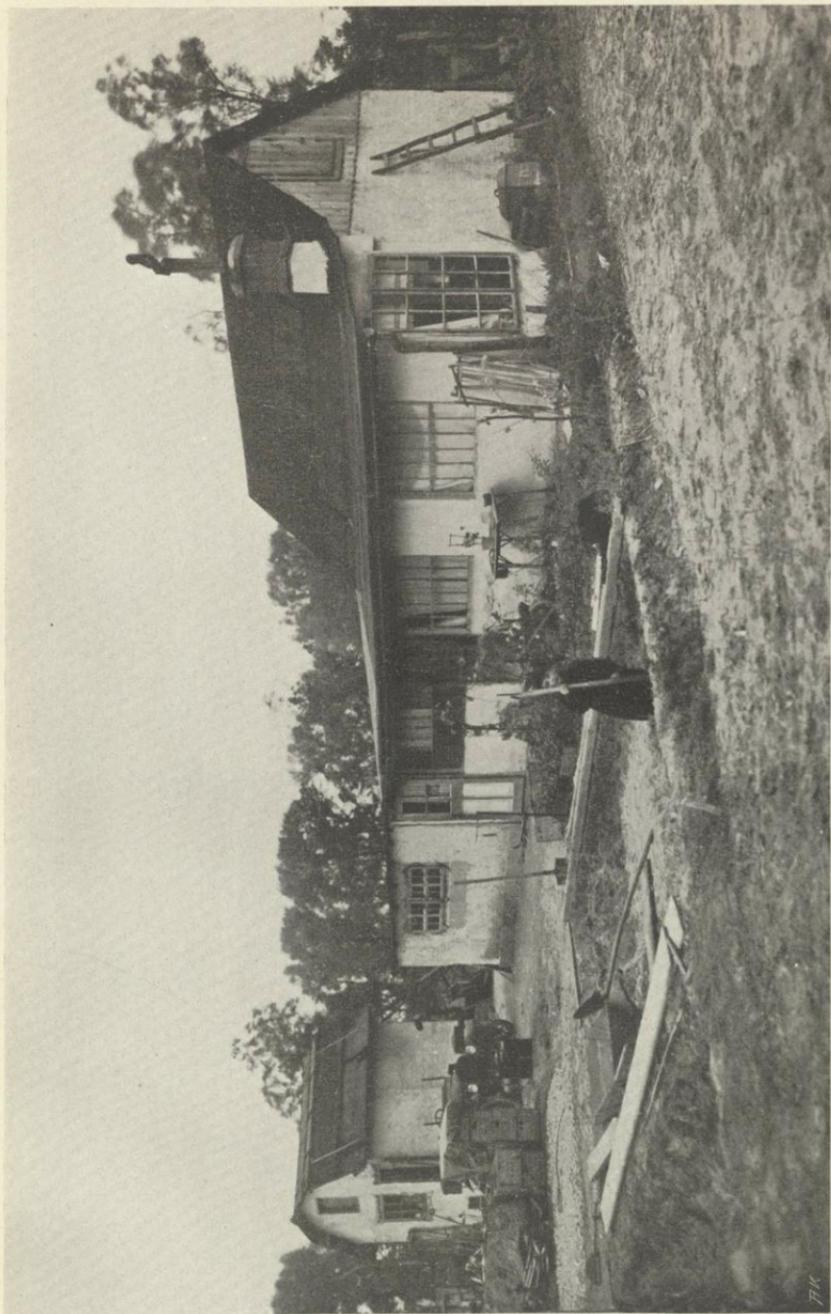


Abb. 51. Primitivsiedlung Lobau-Wien: Siedlerstelle „Länger“ mit altem Wohnhaus aus 1928 (rechts im Vordergrund) und Neubau 1932 (links im Hintergrund); Gemütsebauer (mit 5600 m<sup>2</sup> intensiver Kultur.)

Photo Scherb-Wien

hütten aus Kistenmaterial usf., waren die ersten Unterkünfte (siehe Abb. 45). Durch unendliche Mühe ist es den meisten der Siedler gelungen, im Laufe der Zeit Wohnstätten, Ställe etc. zu errichten, die, wenn auch noch immer einfach, doch schon eine für längere Zeit entsprechende Behausung darstellen (siehe Abb. 49). Die Unterstützung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erfolgte durch Lieferung von Saatgut, Baumaterial, Brunnen, Kleintieren usw. im runden Betrage von etwa 200 S pro Siedlerfamilie. Eine ungefähr gleich hohe Unterstützung erfolgte dann seitens der Gemeinde Wien. Die Siedler beschäftigen sich insbesondere mit Gartenbau und Kleintierzucht. Wenn sich auch die einzelnen Siedlungen entsprechend der Veranlagung und den Fähigkeiten der Siedler — eine offizielle Auswahl der Siedler fand nicht statt — in verschiedenem Grade entwickelt haben, so kann festgestellt werden, daß insbesondere der große Teil jener, die mit ihrem Lebensunterhalt auf die Siedlung allein angewiesen sind, dort sein Fortkommen findet und einzelne sogar ganz vorzügliche Erfolge erzielen. Die Siedler setzen sich aus den verschiedensten Berufsgruppen zusammen. Am meisten vertreten sind Hilfsarbeiter (16) und Metallarbeiter (9). Je 4 Siedler sind Privatbeamte und Schlosser, je 3 Elektriker, Tischler und Maurer, je 2 Mechaniker, Goldarbeiter, Drechsler, Schmiede, Maschinisten, Fleischhauer und Zimmerleute, je einer ist Schuhmacher, Buchbinder, Ziseleur und Glasschleifer. 2 Siedler haben einen ständigen Nebenberuf, einige suchen Gelegenheitsbeschäftigungen. Da und dort hat auch eine Siedlerfrau als Bedienerin oder Wäscherin einen kleinen Nebenverdienst. Arbeitslosen- bzw. Notstandsunterstützung beziehen derzeit nur 8 Siedler, alle übrigen sind ausgesteuert. Unterstützungen sonstiger Art (Verwandte) sind sehr selten geworden. 56 Siedler sind verheiratet, einer ist ledig, 3 sind Witwer. Ein Siedler starb, dessen Witwe führt die Stelle weiter. 25 Siedlerfamilien sind kinderlos, aber auch sonst ist die Kinderzahl gering.

Der Kleintierstand hat sich in dieser Siedlung relativ günstig entwickelt. Nach kleinsten Anfängen kann schon bei den meisten ein Stand an Legehühnern von 30 bis 50 Stück festgestellt werden, der in einzelnen Fällen bis auf 70 und 110 Stück ansteigt. Daneben gibt es auch zahlreiche Gänse und Enten. Einige Siedler beschäftigen sich noch mit Kaninchenzucht. Einzelne Siedler

füttern auch Schweine für den Eigenbedarf; zwei warfen sich sogar auf Schweinezucht. In der Kolonie sind aber auch eine Kuh und zwei Kälbinnen zu finden sowie ein Pferd; Ziegen halten im allgemeinen nur solche Siedler, die Kinder haben.

Bei den Gemüse- und Gartenbauern tritt die Kleintierzucht in den Hintergrund. Der am fortgeschrittenste Gemüsebauer hatte im Jahre 1932 ca. 5600 m<sup>2</sup> in intensiver Kultur. Dieser konnte bereits im Jahre 1930 um 2130 S Produkte verkaufen, und zwar: Ananaserdbeeren um 120 S, Rettiche um 250 S, Blumen um 250 S, Erbsen und Bohnen um 550 S, Eier um 500 S, Kartoffel um 200 S, Zwiebel um 20 S, Ribisel um 20 S, Tomaten um 70 S und um 150 S Ziegenmilch. Die selbstverbrauchten und an die Eltern abgegebenen Mengen sind hierin nicht eingerechnet. Dieser Siedler verkaufte im Jahre 1932 in der Zeit vom 7. Juli bis Mitte Oktober verschiedene Gärtnereiprodukte im runden Betrag von 2200 S und erwartet sich ein Jahreseinkommen von rund 4000 S.

Die Verkaufserträge der Hühnerzüchter sind geringer, doch konnten auch von diesen einige auf Jahreseinnahmen von über 2000 S gelangen.

Die „Lobauer“ Siedler, die größtenteils als mittellose Industriearbeiter vor mehr als vier Jahren den Versuch unternommen haben, brachliegenden Aueboden zu besiedeln, sind heute größtenteils in der Lage, sich aus Grund und Boden ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten. Besondere Bedeutung kommt diesem Siedlungsversuch deshalb zu, weil die Siedler trotz der nur äußerst geringen Förderung und Unterstützung, die ihnen zuteil wurde, es durchzusetzen vermochten, aus Erwerbslosen, die bisher auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, Staatsbürger zu werden, die durch ihrer Hände Arbeit wieder die Existenz für sich und ihre Familie zu sichern imstande sind; sie sind zufriedene Mitbürger geworden, die stolz auf den Erfolg ihrer Arbeit sein können.

c) Durchführung von Randsiedlungen mit der Kredithilfe des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds.

Im Dezember 1932 hat das Bundes-Wohn- und Siedlungsamt im Bundesministerium für soziale Verwaltung aus Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds für nachstehende Randsiedlungsvorhaben Darlehen gewährt, und zwar:

Siedlungsträger	Bauort	Anzahl der Siedler- stellen	Fondsdarlehen	
			pro Haus	zusammen
Gemeinnützige Bau-, Wohn- u. Siedlungs- genossenschaft „Heim“, r. G. m. b. H. in Wien . . . . .	Wien	20	4.320.—	86.400.—
Stadtgemeinde Trais- kirchen . . . . .	Traiskirchen	25	4.050.—	101.250.—
Allgemeine gemein- nützige Wohnungs- genossenschaft, r. G. m. b. H., St. Pölten . .	St. Pölten	20	4.500.—	90.000.—
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Sied- lungsgenossenschaft, r. G. m. b. H., Wr.-Neu- dorf . . . . .	Wr.-Neudorf	16	4.500.—	72.000.—
Siedlungsgenossen- schaft des o.-ö. Lan- desverbandes ge- meinnütziger Bau- genossenschaften in Linz, r. G. m. b. H. . .	St. Peter b. Linz	28	4.500.— 4.308.— 4.500.—	126.000.—
Allgemeine gemein- nützige Bau- und Wohnungsgenossen- schaft „Familie“, r. G. m. b. H. in Linz . . .	Kleinmünchen	10	4.000.—	40.000.—
Gemeinnützige Bau- u. Siedlungsgenossen- schaft der christlichen Arbeiter und Ange- stellten O.-Öst. „Wohnungsbau“ Linz, r. G. m. b. H. . .	St. Peter b. Linz	10	4.500.—	45.000.—
Gemeinnützige Bau-, Wohn- u. Siedlungs- genossenschaft „Heim“, r. G. m. b. H. in Wien . . . . .	Salzburg	20	4.320.—	86.400.—
„ „ „ „	Innsbruck	30	4.320.—	129.600.—
Stadtgemeinde Klagen- furt . . . . .	Klagenfurt	30	4.500.—	135.000.—
	Zusammen	209		911.650.—

Die Siedlungsvorhaben der Allgemeinen gemeinnützigen Woh-  
nungsgenossenschaft St. Pölten sind inzwischen schon gänzlich, die

